Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 24. Bielefeld, Mittwoch, 29. Januar 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 28. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische Dr. v. Boetticher.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Restzuschuß zum Alters- und Invaliditätsversicherung" fortgesetzt. Es liegen dazu der bekannte sozialdemokratische Antrag und die Resolution des Zentrums auf Abänderung bezw. Revision des Gesetzes vor.

Abg. v. Staudy (dkons.) bemerkt, daß die Unzufriedenheit mit dem Alters- und Invaliditätsgesetze im Lande nicht abgenommen habe. Leider habe er erfahren, daß das Markensystem und das Beweisverfahren bei der Revision nicht abgeändert werden sollten. Diese grundlegenden Aenderungen seien aber notwendig. Er halte auch für unumgänglich, die Einführung eines Umlageverfahrens. Dann würden sich Ersparnisse in die Millionen von Mark erzielen lassen, die dann zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen verwendet werden könnten. Wer sei aber der wirtschaftlich Schwache. Nicht nur der industrielle Arbeiter, dem es vielfach besser gehe, als dem Bauer. Dem Bauer gehe es aber sehr oft schlechter wie seinem Knecht. (Lachen links.) Ja, man sollte es nicht glauben, wie tief die Lebenshaltung der Bauern herabgesunken ist. Der Bauer empfindet die Lasten des Gesetzes am schwersten. In diesem Sinne vertreten wir also ebenso gut wirtschaftlich Schwache, wie Sie (links). In liberalen Zeitungen ist der ganzen konservativen Partei die Aeußerung des Abg. Gamp über den Zuschlag der Salzsteuer angerechnet. Ich kann erklären, daß in der konservativen Partei niemand für den Gedanken einer Erhöhung der Salzsteuer zu haben ist. Auch mit der Aeußerung des Abg. v. Kardorff, er hätte nicht für das Altersversicherungsgesetz gestimmt, wenn er gewußt hätte, daß das Sozialistengesetz so bald aufgehoben werden würde, haben wir nichts zu thun. Das Sozialistengesetz hat sich aber nicht gegen das arbeitende Proletariat, sondern nur gegen die Agitatoren und Hetzer gerichtet. Für Zuckerbrot und Peitsche hat auf der rechten Seite des Hauses niemand gedacht. Im Interesse der armen Bevölkerung bitte ich nochmals um Abschaffung des Markensystems und Aenderung des Beweisverfahrens. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Boetticher. Das Markensystem kann nur aufgehoben werden, wenn wir ein besseres System haben. Das ist aber noch nicht gefunden. Deshalb besteht aber keine Befürchtung, daß das Markensystem unter allen Umständen aufrecht erhalten bleibt. Das Gesetz hat meines Erachtens gewonnen, je mehr die Erkenntnis seiner sozialen Bedeutung sich Bahn bricht. Fortgesetzt kommen Anträge an uns um Erweiterung des Kreises, dem die Wohlthaten des Gesetzes zuteil werden.

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Vg.). Wir sind nicht gegen die Resolution Hitze, weil sie sehr allgemein gehalten ist. Die Erwartungen hat das Gesetz nicht erfüllt. Die hochtönenden Worte von der Errichtung des sozialen Staats sind durch Ausbrüche der Unzufriedenheit verdrängt worden. Wie sich die einzelnen Parteien die Aenderung des Gesetzes denken, hat eigentlich kein Redner angeben können. Der Gedanke des Herrn Gamp, die Salzsteuer zu erhöhen, hat ja bei seinen eigenen Freunden keinen Anklang gefunden, er ist also nicht ernst zu nehmen. Das Markenkleben ist nicht das Unangenehme, es werden noch viel mehr Postmarken geklebt. Der Uebelstand liegt in dem Aufbewahrungssystem. Was die Sozialdemokraten fordern, ist nur der Anfang, die äußerste Linke wird bald die Verdoppelung der Beiträge verlangen und noch mehr. Aber dieses Ende der Entwickelung ist von uns schon vorhergesagt worden bei Erlaß des Gesetzes.

Abg. Dr. Enneccerus (natlib.). Wenn wir auf dem Boden der freien Versicherung geblieben wären, hätten wir heute in Deutschland kaum eine Spur von Altersversicherung. Der Antrag Hitze ist rein informatorisch, und deshalb stimme ich für den Antrag, wenn ich auch durchaus gegen die Einstellung der Ansammlung zum Reservefonds bin. Der Ausbau der Alters- und Invaliditätsversicherung ist durchaus geboten, insbesondere muß die Fürsorge für Witwen und Waisen einbezogen werden. Der Weg, den der sozialdemokratische Antrag vorschlägt, erscheint mir ungangbar. Entscheiden kann man sich über alle diese Fragen erst, wenn sich das bisherige finanzielle Ergebnis der Versicherung übersehen läßt. Vielleicht läßt sich eine Berechnung darüber, welche Ueberschüsse nach der jetzigen Höhe der Beiträge zu erwarten sind und sein werden, bis zur dritten Lesung von der Regierung beschaffen.

Abg. Graf v. Roon (kons.). In unserer Liebe für die wirtschaftlich Schwachen lassen wir uns von keiner Partei übertreffen, am wenigsten von den Sozialdemokraten, die nur den Unfrieden schüren und dies auch durch ihren hier vorliegenden mit den Mitteln des Staates nicht durchführbaren Antrag beweisen. Wir lassen uns in dieser Liebe auch nicht übertreffen von den jungen Strebern der Schwarmgeister, die sich leider vom Boden der konservativen Partei entfernen. (Lachen links.) Für uns gilt das Wort des Apostels: Fürchtet Gott, ehret den König, und habet die Brüder lieb und thuet Ehre jedermann. (Lachen links. Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Bei Erlaß des Gesetzes sind zu sehr die eigentlichen Handarbeiter als die wirtschaftlich Schwachen betrachtet worden, vergessen hat man die kleinen Handwerker, die Landwirte, die Witwen. Die Hauptschwäche des Gesetzes ist, daß es für diese Leute nicht sorgt. Die zweite Schwäche des Gesetzes besteht darin, daß trotz der sozialen Not nur die Arbeitgeber auf dem Lande die Beiträge leisten. Viele Landwirte, große und kleine, sind nur noch die Verwalter ihrer Gläubiger. Soll das Gesetz radikal wirken, so muß es dahin abgeändert werden, daß eine Rentenversicherungsanstalt geschaffen wird. Jeder, Männlein und Fräulein, muß sich versichern, muß, sagen wir, 4 Mk. jährlich zahlen vom 18. Lebensjahr an. Was fehlt, müßten dann die Kommunen durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufbringen. Mit der von Gamp vorgeschlagenen Salzsteuer bin ich nicht einverstanden.

Abg. Singer (Sozd.): Es wird uns hier vorgeworfen, daß wir unsere Anträge lediglich aus agitatorischen Gründen gestellt hätten. Der Abg. Graf Roon hob uns gegenüber hervor, daß die konservative Partei, wenn ein Vorschlag, den sie bekämpft habe, Gesetz geworden sei, sich dann auf den Boden dieses Gesetzes stelle. Nun, bei den Handelsverträgen haben wir das gerade nicht bemerkt. (Sehr wahr! und Heiterkeit links.) Der Vorredner sprach weiter davon, daß die konservative Partei sich von keiner anderen in der „Liebe zu den Brüdern" übertreffen lasse. Dieses „Wettrennen um die Gunst der wirtschaftlich Schwachen", das die anderen Parteien veranstalten, lernen wir bei allen Wahlen kennen. Diese Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen sollte nicht blos eine platonische Liebeserklärung, wie bisher, immer bleiben, sondern ihren praktischen Ausdruck in bestimmten Anträgen, wie es die unsern sind, finden. Die Konservativen klagen stets über die Lasten, die der Landwirtschaft durch die Altersversicherung aufgebürdet worden seien. Pastor Schall stellte es am Sonnabend sogar als eine hohe patriotische Leistung hin, daß die Landwirtschaft diese Lasten auf sich genommen habe. Gehen wir der Sache einmal auf den Grund. Der Vorteil aus der Altersversicherung kommt — von den Rentenempfängern abgesehen — wesentlich den Landwirten, namentlich den ostelbischen, zugute. Entweder führt nämlich der Empfang der Altersrente zu einer plötzlich eintretenden Herabsetzung des Lohnes für die alten Leute, oder es tritt für die Landwirte wenigstens eine Herabsetzung der Lasten der Armenpflege ein. Es ist also unrichtig, daß die Landwirte durch die Altersversicherung gedrückt werden. Das sind die wirklichen Thatsachen. (Widerspruch rechts.) Wenn es die Herren tröstet, so will ich gerne zugeben daß den Landwirten der traurige Ruhm nicht allein gebührt, den Lohn der alten Arbeiter um den Betrag der Altersrente zu kürzen. Die Staatswerften machen es ebenso. Wir werden später bei der Beratung der betr. Etatsposten noch weiter darauf eingehen. Natürlich wird niemals der Empfang der Altersrente als wirklicher Grund angegeben. Es heißt immer: Ihr könnt nicht mehr so viel leisten, als früher. Aber dieser Mangel an Arbeitsleistung stellt sich merkwürdigerweise stets ein, wenn die Altersrente erreicht ist. — Ich bestreite entschieden, daß unsere Anträge undurchführbar seien. Unser Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze auf das 60. Jahr deckt sich mit den Wünschen der Arbeiterkreise. Schon bei der ersten Beratung des Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes beantragten wir diese Herabsetzung. Es ist nur konsequent, wenn wir jetzt, wo es sich

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

53 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„So gibt es also auch unter den russischen Beamten gerecht denkende und gute Männer", sagte er mit ernster Liebenswürdigkeit.

„Vielmehr als Sie glauben", entgegnete Saltstein. „Viele von uns verurteilen das System, dessen Opfer Sie geworden, oder sympathisieren insgeheim mit den politischen Ansichten der Verbannten. Nur wagen die wenigsten offen mit ihrer Meinung hervorzutreten."

„Lobonofski, das bin ich selbst", fuhr der Zimmerbesitzer in seiner Vorstellung fort, „und das", sagte er, auf ein altes gebücktes, kleines Männchen deutend, das mit etwas stumpfem Gesicht den Thee herumreichte, „ist Nikolaus, unser alter Freund, unser Faktotum."

In diesem Augenblicke öffnete sich die Thür und eine junge, abgehärmt aussehende Frau trat aus dem Nebenzimmer.

„Meine Frau", erklärte Lobonofski, worauf Felix die Dame des Hauses respektvoll begrüßte. Frau Lobonofski entstammte offenbar einer vornehmen Familie, ihr Aussehen war ein distinguirtes, trotz ihrer leidenden Züge trug ihr Antlitz noch die Spuren ehemaliger großer Schönheit. Nach wenigen Bemerkungen, die er mit ihr wechselte, überzeugte sich Felix auch, daß sie eine hochgebildete Dame war, und er nahm während des Abends noch oft Anlaß, das Wort an sie zu richten, da er wahrnahm, daß sie nur sprach, wenn sie angeredet wurde, mit einer müden, leisen, aber wahrhaft musikalischen Stimme, die angenehm und süß in die Ohren klang.

Schon nach einer halben Stunde fühlte sich Felix unter den neuen Bekannten vollkommen wohl. Durch den Rauch des nicht gerade ambrosischen Tabaks ließ er sich, dem Rate seines Gastfreundes folgend, ebensowenig genieren, als durch die etwas zweifelhafte Beschaffenheit des ihm vorgesetzten Gebräus, denn er sagte sich sehr wohl, daß weder die besten Sorten Tabak noch Thee hier in Sibirien und am wenigsten für die Verbannten erhältlich waren.

Die Unterhaltung ward bald eine recht lebhafte, nur Nikolaus, das Faktotum, nahm nicht daran teil, sondern begnügte sich damit, den Aufwärter zu spielen, selbst tüchtig zu trinken und zu rauchen und jedem, der ihn ansah, freundlich zuzunicken.

Natürlich richtete sich das Gespräch zuerst auf das Verbannungssystem und seine verderblichen Wirkungen.

„Es dürfte Herrn Volkhofski interessieren, zu vernehmen, weshalb er hier am Ende der Welt unsere Bekanntschaft anknüpfen kann", begann Lobonofski mit einem Blicke auf die Anwesenden, „Baillies Geschichte kennt er, also will ich den Anfang machen."

In lakonischer Weise erzählte jetzt einer der Verbannten nach dem andern den Grund seiner Verhaftung und Verbannung. Alle Berichte riefen nicht nur den Eindruck der Wahrheit hervor, sondern wurden auch von dem Gefängnisarzt und dem Hauptmann bestätigt.

Alle aber enthüllten ein furchtbares Drama, eine erschütternde Kette von Einzelheiten, welche das System, aus dem sie hervorgegangen waren, als ein Non plus ultra der Ungerechtigkeit und Thorheit erscheinen ließen.

Bevor Felix Volkhofski selbst von dem gräßlichen Schicksal der Einkerkerung und Transportation erreicht wurde, hatte er den Gerüchten, welche über Handhabung der Verbannungspraxis in die Oeffentlichkeit geflossen waren, nie vollen Glauben zu schenken vermocht. Er hielt, was man ihm mitteilte, für übertrieben, weil es ihm unmöglich schien, daß man in einem Lande, das sich mit Stolz ein Kulturland nannte, am Ende des 19. Jahrhunderts noch solch' mittelalterlichem Barbarismus fröhnen könne. Er hatte auch zu der Ansicht geneigt, daß der weitaus größte Teil der politischen Verbannten aus verbissenen Nihilisten und Revolutionären bestehe, wenn er natürlich auch von mancherlei Opfern der willkürlichen russischen Justiz Kenntnis erhielt. Auf seiner Reise hatte er jedoch genug erlebt und gesehen, um seine Meinung gänzlich zu ändern. Weder unter den politischen noch den administrativ Verbannten waren die Nihilisten sehr zahlreich, der größte Teil derjenigen, welche er kennen lernte oder deren Schicksale man ihm erzählte, wurde auf Verdachtsgründe hin festgenommen, welche in einem andern Lande lächerlich erschienen wären, oder sie fielen als Opfer einer Vorsicht, gegen welche diejenige der Frau im Märchen, die über einen Haken im Keller weinte, weil sich ihr noch gar nicht geborenes Kind möglicherweise einmal daran verletzen könnte, noch als berechtigt anzusehen ist. Viele der Verbannten wissen kaum, weshalb sie deportiert worden, manche sind nicht einmal die Anhänger freierer Ideen und infolge rein äußerlicher Umstände in den Zirkel der allmächtigen Polizei hineingeraten. Was kommt es denn der russischen Justiz auf ein paar Menschen an? Menschen sind ihr rechtlose, nur zum Steuerzahlen geborene Sklaven des Zaren, über deren Körper sie rücksichtslos disponiert und deren Geist sie erdrückt, wo sie ihn findet.

Die Männer, welche ihn heute Abend umgaben, waren mit Ausnahme des Faktotums lauter kräftige, blühende, hochintelligente Männer, deren Kraft auszunutzen jedes andern Landes Stolz gewesen sein würde. Lobonofski besonders war noch jetzt — trotz der überstandenen Leiden — ein schön zu nennender Mann, mit hellen blauen Augen, blondem Bart und langen lichtbraunen Locken. Er war ein begabter Maler und lediglich festgenommen worden, weil er die Familie eines im Ausland lebenden russischen Nihilisten aus Mitleid und weil die Frau des Nihilisten ihm nahe verwandt war, unterstützt hatte. Mit Politik hatte sich Lobonofski nie beschäftigt, er führte nur den Pinsel, nie die Feder. Seine junge Frau hatte ihn in die Verbannung begleitet, unterwegs war ihnen ein Kind geboren worden, das nur wenige Tage gelebt hatte, weil ihm die Mutter nicht die erforderliche Pflege angedeihen lassen konnte. Felix sah, wie sich bei der Erwähnung des kleinen Wesens Frau Lobonofski's Augen mit Thränen füllten. Nikikina befand sich zufällig auf der Straße, als ein Studentenauflauf entstand. Aus Neugier blieb er stehen, und als er sah, daß die Kosaken mit der Knute über die Studenten herfielen, bemerkte er entrüstet, daß dies eine Schmach sein. Ein Polizeibeamter hörte seine Worte und nahm ihn fest, worauf er, nachdem er ein Jahr im Transportgefängnis zu Moskau zugebracht, mitten im Winter nach Surgut gebracht wurde.

Bochin und Patukof waren bei einem Studentenkrawall beteiligt gewesen, verhaftet und auf administrativem Wege verbannt worden.

(Fortsetzung folgt.)

um eine Reform des Gesetzes handeln soll, diesen Antrag wiederholen. Die Voraussetzung für unsern Antrag ist natürlich, daß die besitzenden Klassen die nötigen Mittel aufbringen, um dieser sozialen Pflicht zu genügen. Wenn die Parteien im Hause und die Regierung nur die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Altersgrenze anerkennen wollten, die Mittel für die Durchführung ließen sich schon finden, ohne daß eine Steuererhöhung erforderlich wäre. Es ist erfreulich, daß die konservative Partei den Gampschen Vorschlag, die Salzsteuer zu erhöhen, verwirft. Hoffentlich reicht diese Gegnerschaft zur Salzsteuer so weit, daß sie auch einem Antrag auf gänzliche Aufhebung der Salzsteuer, den wir demnächst stellen werden, zustimmen wird. — Die jetzige Art, in der die Invalidenrente zuerkannt wird, setzt außerordentlich wenig Leute in ihren Genuß. Deshalb müssen bessere Bedingungen für den Empfang der Rente aufgestellt werden. Heute haben es die Versicherungsanstalten thatsächlich in der Hand, jeden Anspruch auf Invalidenrente zurückweisen. Es ist ein Akt der Gutmütigkeit, wenn sie sie gewähren. Wenn das Gesetz günstig wirken soll, dann muß dem Begriff Invalidität eine Fassung gegeben werden, wie sie unser Antrag vorschlägt. Die Nationalliberalen wollen nun nicht, daß der Individuallohn bei der Berechnung der Rente maßgebend sein soll. Die Inbetrachtnahme des Individuallohnes ist aber das einzig richtige. Ernsthaften Willen vorausgesetzt, sind unsere Anträge durchführbar. — Die Diskussion hat sich nicht nur mit der Reform, sie hat sich auf das Gesetz selbst erstreckt. Der Abg. Pachnicke hat das ganze Prinzip der Versicherungsgesetzgebung verworfen. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, aber nicht, weil uns das Prinzip, auf dem es beruht, unrichtig erschien, sondern weil die Leistungen des Gesetzes ungenügend sind. Damit haben wir natürlich nicht die Absicht aufgegeben, das Gesetz zu verbessern und deshalb stellen wir unsere Anträge. Der Abg. Pachnicke hat auf die englischen Arbeiterverhältnisse hingewiesen. Wenn die Verhältnisse der englischen Arbeiter besser sind, so verdanken sie das einzig und allein ihrer unbeschränkten Koalitionsfreiheit. Wenn Sie das freie Koalitionsrecht den deutschen Arbeitern geben wollten, dann ließe sich darüber reden, ob nicht die ganze Versicherungsgesetzgebung dagegen eingetauscht werden könnte. Aber das wollen Sie (zur Rechten) eben nicht. Die Konservativen und Herr von Stumm steifen sich darauf, daß sie auch Arbeitervertreter seien. Ich bestreite nicht, daß sich unter ihren Wählern Arbeiter befinden mögen. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß die Arbeiterklasse, soweit sie politisch organisiert ist, in der Sozialdemokratie ihre Vertretung findet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß habe ich noch eine kurze Erklärung abzugeben. Wir sehen voraus, daß unsere Anträge eine Majorität im Hause nicht finden. Wir werden deshalb für den Antrag Hitze stimmen. Zwar ist er bei weitem nicht ausreichend, auch lassen wir es nicht gelten, daß sich die Punkte, in denen das Gesetz revisionsbedürftig ist, nicht bestimmt ausdrücken lassen. Wir stimmen aber deshalb für ihn, weil wir es immerhin als einen kleinen Vorteil erachten, wenn die Regierung vom Reichstag bestimmt aufgefordert wird, der Sterilität auf diesem Gebiete ein Ende zu machen. Es geht mit der Revision der Altersversicherung wie mit der Revision der Unfallversicherung. Wie oft und wie freundlich hat nicht Herr von Bötticher versprochen, unsere Anregungen entgegenzunehmen. Nichts ist bisher geschehen. Das muß ein Ende nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär von Bötticher: Diese Anregung des Reichstages ist entbehrlich. Die Revision des Gesetzes befindet sich in einem Stadium, daß ihr Ergebnis dem Reichstage in nächster Zeit vorgelegt werden kann. Wenn die Revision nicht schneller erfolgt ist, so liegt das an den Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind. Ja, wenn jede Rede hier sofort zu einem Entwurf würde. Es kann keinem, am wenigsten mir, der Vorwurf gemacht werden, es fehle an gutem Willen. Was den Antrag Auer betrifft, so habe ich neulich bereits gesagt, daß die Herabsetzung der Altersgrenze eine Verdoppelung der Beiträge erfordern würde. Weder der Landwirtschaft noch dem Handwerk kann das aufgebürdet werden. Die vom Abg. Enneccerus gewünschte rechnerische Zusammenstellung ist bereits vorhanden. Darnach ist bei den jetzigen Beiträgen bis zum Jahre 1900 incl. ein Ueberschuß von 332 Millionen zu erwarten. Außerdem werden dann 101 Millionen Reservefonds vorhanden sein. Zusammen wären dann 433 Millionen verfügbar. Die Versorgung der Witwen und Waisen würde bis 1900 etwa 349 Millionen erfordern. Wir haben 933 Mill. zur Disposition, auf 4 Jahre würde sich demnach eine Witwenversorgung ermöglichen. Von 1901 an aber würde eine Erhöhung der gesamten Beiträge unerläßlich sein. Auch hier ist also äußerste Vorsicht geboten.

Abg. von Staudy (kons.): Ich bin kein Gegner des Gesetzes, halte aber eine Reform für nötig. Wenn Abg. Singer von einer Aufhebung der Salzsteuer gesprochen hat, so kann ich ihm mitteilen, daß ich und eine Anzahl meiner Freunde, die nicht gering ist, mit ihm darin einverstanden ist. Ich bestreite, daß die Altersrente zu Lohnabzügen verwendet wird. Nur bei der Bemessung der Unterstützung aus der Armenpflege wird die Altersrente in Berechnung gezogen. Die Armenpflege auf dem Lande, besonders auf den Gutsbezirken, steht hoch über der städtischen Armenpflege. (Widerspruch links.) Was wird den Armen nicht an Naturalien und Wohnung auf dem Lande gewährt? Viel mehr, als die paar Mark monatliche Armenunterstützung in der Stadt — 6 Mark für eine Witwe mit drei Kindern. Der industrielle Arbeiter steht an Intelligenz durchaus nicht über dem ländlichen Arbeiter. Wenn er sozialdemokratisch wählt, so ist mit daran Schuld der Terrorismus der Partei. Die Sozialdemokraten haben wesentlich nur die industriellen Arbeiter hinter sich.

Abg. Singer: Es ist mir gar nicht eingefallen, die ländlichen Arbeiter auf ein tieferes Niveau zu stellen, als die industriellen. Ich habe nur auseinandergesetzt, daß wir das Recht haben, uns Vertreter der Arbeiter zu nennen, da die politisch organisierte Arbeiterklasse in uns ihre Vertretung gefunden hat. Diese Thatsache wird Herr von Staudy nicht aus der Welt schaffen können. Das selbständige Denken allein nützt freilich nichts, wenn die ökonomische Macht nicht da ist, die Gesinnung zu bethätigen, wenn bei Ihnen die Behörde vom Landrat bis zum Nachtwächter die freie Wahl zu hindern suchen. Machen Sie doch einmal die Probe aufs Exempel, dann wollen wir sehen, wen das freie Denken der Arbeiter in den Reichstag schicken wird. Jetzt sogar dringen wir schon in ländlichen Wahlkreisen vor. Daß wir z. B. in Mecklenburg schon in die Stichwahl gekommen sind, ist doch symptomatisch. Herr von Staudy hat behauptet, die Armenpflege auf dem Lande sei besser als in Berlin. Mir ist die Armenpflege in Berlin nicht hoch genug, aber ich würde doch der Wahrheit ins Gesicht schlagen, wollte ich nicht zugeben, daß die Armenpflege in Berlin und in wohl allen größeren und mittleren Städten besser ist, als auf dem flachen Lande. Hören Sie nur, was die Leute auf dem flachen Lande über die Naturalverpflegung klagen, und es ist leider ein wahres Wort, daß die Schweineställe der Großgrundbesitzer besser sind, als die Wohnungen der Landarmen. Daß Herr von Staudy mit uns einverstanden ist, die Salzsteuer überhaupt zu beseitigen, ist sehr erfreulich. (Abg. Staudy: Wenn die Mittel dafür da sind.) Oh, die Mittel sind zu beschaffen durch Besteuerung des Besitzes, der im stande ist, die Lasten der Steuer zu tragen. Was meine Bemerkung über die Lohnkürzung betrifft, so habe ich behauptet, daß in vielen Fällen die Altersrente benutzt worden ist, um den Lohn zu kürzen, und das halte ich aufrecht. Dem Herrn Staatssekretär möchte ich die Anregung geben, daß bei den Nachweisungen die Zahl derjenigen Renten angegeben wird, die bereits von der Armenpflege in Anspruch genommen worden sind. Diese Zahlen würden dem Abg. von Staudy am besten den Beweis liefern für die „Güte" der Armenpflege auf dem Lande. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. von Stumm (Rp.): Ich und meine Freunde sind niemals Gegner des Koalitionsrechtes gewesen, sondern nur Gegner des Koalitionsprivilegiums. Es muß aber verhindert werden, daß das Koalitionsrecht zum Terrorismus gegen die Arbeitgeber ausartet.

Abg. Stadthagen (Soz.): Herr v. Staudy behauptete, die Armenpflege auf dem Lande sei besser als in Berlin. Das ist eine ungeheuerliche Behauptung. In Berlin werden jährlich 7 Millionen Mark für die Armenpflege ausgegeben. Die monatliche Unterstützung beträgt durchschnittlich 14 Mk. Wenn wir uns nur auf Grund des Gesetzes betr. den Unterstützungswohnsitz an die Gemeinden auf dem Lande um 6 Mark Unterstützung wenden, dann bitten uns diese Gemeinden stets um gänzliche Ueberlassung des Armen, weil sie ihn mit weniger als 6 Mk. erhalten können. Dann kommen aber die armen Leute und klagen uns, wie schlecht sie es auf dem Lande haben. Im Osten leben die Armen thatsächlich schlechter wie die Schweine, die es bei Ihnen (rechts) ja so gut haben. Wie Herr v. Stumm von dem gerichtlich festgestellt ist, daß er sich mit andern Arbeitgebern zu verbinden gesucht hat, um keine Arbeiter, die Sozialdemokraten sind oder auch nur die „Hilfe" lesen, zu beschäftigen — an die ultramontane Gesinnung seiner Arbeiter hat er sich noch nicht herangewagt — wie dieser Herr sich hier als Freund des Koalitionsrechtes hinstellen kann, ist mir nicht erfindlich. Genosse Singer hat um die Nachweisungen, wie viel Renten von der Armenpflege reklamiert würden; besser wäre es, die Bestimmung aufzuheben, wonach eine Rente von der Armenpflege in Anspruch genommen werden darf. Wenn Sie wirklich reformieren wollen, dann stimmen Sie unserm doch leicht durchführbaren Antrag zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hitze (Z.): Ich habe nur dem Abg. Singer zu erwidern, daß ich auch für eine Aenderung des Begriffs Invalidität bin. Der sozialdemokratische Antrag ist undurchführbar, die Kosten sind zu hoch, und ein Vorschlag, diese Kosten auf eine praktische annehmbare Art aufbringen zu können, ist von sozialdemokratischer Seite nicht gemacht worden. Eine Herabsetzung der Altersgrenze würde eine noch weitere Verschiebung des Rentenempfanges zu Gunsten der ländlichen Arbeiter zur Folge haben.

Die Diskussion wird geschlossen, der Titel bewilligt.

Der Antrag Auer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und süddeutschen Volkspartei abgelehnt. Die Resolution Hitze einstimmig angenommen.

Beim Titel „Auswanderungswesen" antwortet

Staatssekretär v. Bötticher auf eine Anfrage des Abg. Hammacher (natl.), daß ein neues Auswanderungsgesetz in Vorbereitung sei. Ob es noch in dieser Session vorgelegt werden könne, sei unbestimmt. Er sowohl wie das Auswärtige Amt würden die Materie jedenfalls nach Kräften fördern.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Kommission für Arbeiterstatistik" nimmt das Wort

Abg. Bebel (Soz.). Das Interesse für Arbeiterstatistik scheine im Hause erfreulich gestiegen zu sein. Die 120 Protokolle der Kommission wären immer bald vergriffen. Man sollte diese Protokolle sämtlichen Mitgliedern des Hauses offiziell zustellen. Aber seitens des Bundesrates ist so gut wie nichts geschehen. Seitdem vor sechs Jahren die kaiserlichen Erlasse ergangen sind, ist nur die Arbeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter etwas eingeschränkt worden. Im Bäckereigewerbe ist noch nichts geschehen, obwohl die Kommission selbst einen Entwurf zur Abstellung der Mißstände ausgearbeitet hat und obwohl dieser Entwurf noch zur Zeit des Grafen Caprivi der Regierung übermittelt worden ist. Wenn in einer Branche, dann war es nötig, im Bäckereigewerbe von der diskretionären Vollmacht des Bundesrats Gebrauch zu machen und ein Eingreifen der Behörden zu veranlassen. Es besteht in den Bäckereien neben 14—16stündiger Arbeitszeit keine Sonntagsruhe. Ja, 24 Stunden freie Zeit haben die Bäckergesellen nicht einmal hintereinander, höchstens einmal 15 oder 18 Stunden. Man hat der Kommission vorgeworfen, sie habe mit Ausarbeitung des Entwurfs ihre Befugnisse überschritten, aber nach dem Wortlaut der Erlasse im Jahre 1890 war die Kommission wohl dazu berechtigt, den Entwurf auszuarbeiten. Wie groß die Ausbeutung der Bäckereiarbeiter ist, beweist ein Gutachten des Rektors Schwing in Köln, der über seine Erfahrungen über die Bäckergesellen in den Fortbildungsschulen berichtet. Er sagt, die Bäckergesellen ständen geistig tiefer als alle übrigen Handwerker, und führt das auf das außerordentliche Maß von körperlicher Ausbeutung zurück. Es mache sich bei den Bäckern hochgradiger Stumpfsinn bemerkbar. Die Löhne seien bei ihnen die niedrigsten unter allen Handwerkern. Herr Schwing hat Recht, und ich muß sagen, eine Einschränkung der Arbeitszeit genügt nicht, es ist notwendig, daß das Bäckereigewerbe einer ständigen ganz bestimmten Kontrolle unterworfen werden. Die Anforderungen, selbst der sozialdemokratischen Arbeiter, im Bäckereigewerbe sind wahrhaftig nicht als radikal zu bezeichnen. In einer Petition sozialdemokratischer Bäckergesellen wird gebeten, die Arbeitszeit auf höchstens 12 Stunden festzusetzen. Der Widerstand der Unternehmer ist aber auch dagegen schon erwacht. Der Germaniaverband in Berlin hat für den Fall, daß der Bundesrat Verordnungen erlassen sollte, schon den Beschluß gefaßt, ein Immediatgesuch an den Kaiser zu richten.

Die Arbeiter sind mit dem Bundesrat nicht zufrieden, sie meinen nun einmal, daß es mit der Sozialreform im Reichsamt des Innern arg hapert (Widerspruch des Ministers von Bötticher). Ihnen persönlich will ich keinen Vorwurf machen. Sie haben viel zu thun. Für den Stoff, den Sie zu bearbeiten haben, wären drei Reichsämter nicht zu viel. (Heiterkeit.) Von Herrn von Rottenburg behaupten Gerüchte, daß er aus seinem Amte herausgegrault worden ist, weil er die Sozialreform zu ernsthaft genommen habe. Auch schließe ich aus der einen Stelle in der Programmrede des Fürsten von Hohenlohe vom 11. Dezember 1894, daß er ungleich weniger Neigung zur Sozialreform, als sein Vorgänger Caprivi besitzt. Der Kommission für Arbeiterstatistik sind neue Aufgaben nicht mehr gestellt worden, nachdem sie die alten bis auf einen kleinen Rest erledigt hat. In großen Zwischenräumen haben ihre Sitzungen stattgefunden. Dabei ist Stoff für ihre Arbeiten in Hülle und Fülle vorhanden. Die Verhältnisse der Omnibus- und Pferdebahnkutscher müssen untersucht, die Verhältnisse in den Fleischereien müssen geprüft werden, ob sie nicht ähnlich wie in den Bäckereien sind. Hauptsächlich verdient die Lage der Arbeiterinnen in den verschiedenen Branchen eine genaue Untersuchung. Augenblicklich ist unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Konfektion eine lebhafte Agitation zur Beseitigung der entsetzlichen Zustände der Hausarbeit im gange. Die betr. Organisation hat sich im vorigen Jahre an den Reichskanzler mit dem Ersuchen gewandt, die Kommission für Arbeiterstatistik mit der Untersuchung der Zustände zu betrauen. Eine Antwort ist nicht erfolgt. Nehmen Sie die Sache nicht leicht. Sie werfen uns vor, wir hetzten, verbreiteten Uebertreibungen. Die Zustände in der Hausindustrie, in der Konfektion sind viel schlimmer, als sie je ein Sozialdemokrat geschildert hat. Das Sweatingsystem ist nicht blos traurig für die Arbeiter, es ist geradezu eine Gefahr für das öffentliche Wohl. Frauen- und Kinderkonfektion, Wäsche wird in Räumen verfertigt, die aller Menschlichkeit spotten, die zugleich Wohn- Schlaf- und Eßraum, Küche- und Arbeitszimmer sind. Wie leicht können auf diese Weise ansteckende Krankheiten, Scharlach, Diphtherie u. s. w. verbreitet werden. Was nützen bei solchen Zuständen alle hygienische Maßregeln des Staates und der Kommunen? Reiches Arbeitsmaterial ist hier für die Kommission vorhanden. Damit man ihr nicht Ueberschreitungen ihrer Befugnisse vorwerfe, schlage ich vor, sie der Kommission für die Untersuchung der Arbeiterverhältnisse zu nennen. Nicht blos die Arbeitszeit, die gesamten Lebens-, Lohn- und Wohnverhältnisse der Arbeiter muß sie untersuchen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Konfektion verlangen mit vollem Recht, daß die Heimarbeit als gesundheitsgefährlich verboten werde, und daß so die Unternehmer gezwungen würden, überall Betriebswerkstätten einzurichten; sie verlangen menschenwürdige Arbeitsräume. — Ich hege die dringende Erwartung, daß die verbündeten Regierungen in ganz anderer Weise als bisher ihre Pflicht thun. Wenn Sie überhaupt dem Wachstum der Sozialdemokratie Einhalt gebieten können, dann nur auf dem Wege, daß sie soziale Reformmaßregeln durchführen, die die Arbeiter befriedigen. (Lebhafter Beifall bei den Sozd.)

Staatsminister v. Bötticher: Dem Wunsch, daß ein schnelleres Tempo eingeschlagen wird, schließe ich mich an. Daß in unseren gewerblichen Verhältnissen in bezug auf die Arbeitszeit, Gesundheitspflege und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter noch viele Mißstände vorhanden sind, wird von keiner Seite bestritten. Um aber Abhilfe zu schaffen, dazu ist Zeit notwendig. Der Gedanke allein thuts nicht. Die Kommission für die Arbeiterstatistik hat ausgiebig gearbeitet, wenn nicht so viele Sitzungen stattgefunden haben, wie der Vorredner wünscht, so liegt das daran, daß der hochverdiente Herr v. Rottenburg durch seinen Gesundheitszustand gehindert war. Von keiner Seite ist dieser hervorragende tüchtige Beamte herausgegrault worden. Die Protokolle der Kommission für Arbeiterstatistik stelle ich gern in weiteren 100 Exemplaren zur Verfügung der Reichstagsabgeordneten. Ueber die Erhebung im Bäckergewerbe sind bei den maßgebenden Instanzen Meinungsverschiedenheiten entstanden, die erst ausgetragen werden müssen. Augenblicklich befassen sich die Ausschüsse des Bundesrats mit einer Vorlage der preußischen Regierung hierüber, die sich auch auf die Arbeitszeit im Bäckergewerbe bezieht. Was die Verhältnisse im Handelsgewerbe anbetrifft, so wird der Bericht darüber dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen. Die nächste Sitzung der Kommission ist für den Februar in Aussicht genommen; sie wird sich mit dem Müllergewerbe und dem Ergebnis der Enquete das Gastwirtsgewerbe zu beschäftigen haben. Eine Enquete über das Verkehrsgewerbe ist in Aussicht genommen. Die Kommission hat das Recht, Anträge zu stellen, so daß ich es der Kommission nicht verdacht habe, wenn sie ein fertiges Gesetz über die Bäckereien vorgeschlagen hat. Die Kommission hat ein reiches Feld für ihre Thätigkeit, aber Zeit zu ihren Arbeiten muß sie haben. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes Gesetz und Verwaltung rasch vorgehen müssen.

Abg. Bebel: Warum ist der Minister so knauserig mit den Protokollen der Kommission für Arbeiterstatistik? Erst hatten wir 120, jetzt verspricht er 100 weitere Exemplare, warum will er nicht 397 liefern? Schroff ist Herr von Bötticher nie (Heiterkeit), aber in der Sache sind wir nicht mit ihm einverstanden. Wir sagen denn doch: der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Thaten sehen! Er sagt, die Sozialreform braucht Zeit. Ich verlange auch nicht, daß Gesetzentwürfe so rasch geliefert werden, wie der Bäcker die Semmeln liefert, aber es kommt doch darauf an, ob man die Sache überhaupt anpackt. Wie liegt es nun hier? Im Februar 1893 beschloß die Kommission für Arbeiterstatistik, den Reichskanzler zu ersuchen, die Verhältnisse der Hausindustrie in den Kreis ihrer Erörterungen zu stellen. Am 30. Juni 1893 ging hierauf ein zustimmendes Schreiben von dem Grafen Caprivi ein. Seitdem ist nicht das Geringste mehr geschehen. Herr v. Bötticher weist auf die Krankheit des

Herrn von Rottenburg hin. So bedauerlich diese Erkrankung ist, Herr v. R. hat doch einen Stellvertreter; man kann doch auch wegen der Erkrankung eines Mannes nicht die Arbeiten einer ganzen Kommission auf Jahr und Tag verschieben. Vom November 1894 hat bis zum Dezember 1895 überhaupt keine Kommissionssitzung stattgefunden. Das ist denn doch ein mehr als schneckenmäßiger Gang der Verhandlungen. So kommen wir nie zu einem positiven Resultat! Endlich — im Dezember 1895 gelangt der Entwurf betr. Arbeitszeit in den Bäckereien an den Bundesrat, nachdem im Juni 1894 bereits der letzte Bericht der Kommission hierüber in den Händen des Reichskanzlers war. 1½ Jahre sind also thatenlos verstrichen. Von Eifer ist da wirklich nichts zu spüren. Warum hat der Bundesrat nicht von seinem Verordnungsrecht Gebrauch gemacht, um das Sweating-System in der Konfektion zu beseitigen? Die Verordnungen des Bundesrats über die Höhe der Arbeitsräume in den Zigarrenfabriken hat das Sweating-System dort zum Nutzen der Arbeiter beseitigt. In den Kreisen der Bäckereiarbeiter ist nichts von polizeilichen Revisionen ihrer Arbeitsstätten bemerkt worden. Dieselben ekelhaften Zustände herrschen dort nach wie vor. Besonders läßt die Reinlichkeit alles zu wünschen übrig. Man hat nicht gehört, daß die Polizei irgendwie dagegen eingeschritten wäre. Es fehlt ihr an Zeit und an der Fähigkeit dazu. Von den Polizeibeamten, wie sie jetzt sind, ist da überhaupt nicht viel zu erwarten. Vielleicht ist es notwendig, eine direkte Wohlfahrtspolizei zu schaffen. — Die Bäckereiarbeiter beklagen sich außerdem noch darüber, daß in den Verordnungen über die Sonntagsarbeit in den Bäckereien in den verschiedenen Staaten ganz verschiedene Bestimmungen gelten. In Preußen soll am Sonntag um 8 Uhr morgens jede Thätigkeit in den Bäckereien, auch das Brotaustragen aufhören. In Hessen darf das Brot am Sonntag noch nach 8 Uhr ausgetragen werden. Warum hat man im Bundesrat nicht für Einheitlichkeit hierin gesorgt? Aber jedes energische Vorgehen wird durch die Rücksicht auf die Kleinmeister gelähmt. (Sehr richtig, b. d. Soziald.)

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Ver.): Die kleinen Meister müssen auch berücksichtigt werden, die Entwicklung ist ihnen an sich schon feindlich. Auch müssen wir uns hüten, in den Polizeisozialismus hineinzusegeln.

Abg. Molkenbuhr (Soziald.): Die Statistik zeigt, daß eine Einschränkung der Arbeitszeit die kleinen Bäckereibetriebe am wenigsten treffen würde. 72 Prozent der Bäckereien, in denen 1 bis 2 Gesellen arbeiten, haben eine Arbeitszeit von 12 Stunden. Grade in den größeren Bäckereien ist die Ausbeutung am stärksten. Eine gesetzliche Fixierung der Arbeitszeit würde die Konkurrenz der kleinen Bäckereien gradezu erleichtern. Alle technischen Einwürfe der Bäckermeister gegen die Regulierung der Arbeitszeit sind hinfällig. Nun die Furcht vor dem Polizeisozialismus! Ja, die Polizei ist nur deswegen so wenig beliebt, weil sie sich so wenig nützlich macht. Das würde aufhören, wenn sie nützliche Funktionen verrichtete. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel und Kapitel des Etats bis zum Kapitel: Behörden für die Untersuchung von Seeunfällen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Antrag Rickert auf Abänderung des Wahlgesetzes. Antrag Auer auf Sicherstellung des Koalitionsrechtes der Arbeiter.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. Jan. Zu den historischen Fälschungen unserer „Patrioten" über die Reichsgründung. In der Nation veröffentlicht Ludwig Bamberger interessantes geschichtliches Material aus den Tagen der Reichsgründung. Auch diese Mitteilungen bestätigen, was wir in letzter Zeit öfter betont haben: daß die Reichsgründung sich ganz anders vollzogen hat, als unsere „Patrioten" sie darzustellen belieben. Bamberger schreibt:

„Wer die Zeit selbst miterlebt und um das Werden der Dinge sich ge- und bekümmert hat, weiß, daß der Sieg leicht und einfach nicht von statten ging. Der König von Preußen und sein Kanzler, mitten im Lager umringt beinahe ausschließlich von Feldherrn und Fürsten, welchem das Ziel einer staatlichen Umbildung Deutschlands keine Herzensangelegenheit, auch keine geschichtliche Ueberlieferung war, eher das Gegenteil. König Wilhelm war, besonders in höhern Jahren, ein sehr konservativer Mann. Ganz erfüllt von seinem monarchischen Recht und Beruf, verband er damit konsequenter Weise eine entsprechende Achtung vor den Rechten und Ueberlieferungen seiner dynastischen Bundesgenossen. Es ist bekannt, daß er sogar einem hervorragenden Parlamentarier, welcher 1866 am eifrigsten für das Aufgehen Hannovers in Preußen eingetreten war, diese angebliche Untreue gegen seinen „angestammten" Herrn nie recht verzeihen konnte, obgleich er die Vergrößerung selbst zu gunsten Preußens sich wohl gefallen ließ. Die Erinnerungen an das Jahr 1848, an die eigentümliche Stellung, welche sein verstorbener Bruder und Vorgänger zu der damals angebotenen Kaiserkrone eingenommen hatte, werden gewiß auch nicht ohne Einfluß auf ein inneres Widerstreben gegen Verwirklichung dieses Gedankens gewesen sein. Lag der Errichtung des Kaisertums auch eine monarchische Idee zu grunde, so hatte sie doch einen revolutionären Beigeschmack. Dies und das natürliche Widerstreben eines alten Mannes, die sichere hundertjährige Erbschaft eines preußischen Thrones gegen ein neugebackenes Kaisertum, das doch auch immer etwas von einem Experiment an sich trug, auszutauschen, läßt stark vermuten, daß nicht unbegründet war, was man sich damals von des Königs Widerstreben und der Schwierigkeit, es zu überwinden, erzählte. Im engsten Kreise der Kaiserin Augusta erzählte man von einem Briefe, in welchem sich ihr königlicher Gemahl nichts weniger als erfreut über die neue Würde ausgesprochen hatte. Und selbst als das Kaisertum im Prinzip bei ihm durchgedrungen war, blieben noch Schwierigkeiten formaler Art zu überwinden, da er mit dem Titel „Deutscher Kaiser" wenig einverstanden war und entweder „Kaiser von Deutschland" oder „Kaiser der Deutschen" vorgezogen hätte. So wenigstens lautete die Kunde, welche damals mir aus sehr guter Quelle zukam. (Poschinger bestätigt diese Angabe.)

„Was den Kanzler betrifft, so habe ich schon erzählt, wie viel mehr Gewicht er auf die Schonung dynastischer Empfindlichkeiten, als auf die Erfüllung populärer Wünsche legte: und das entsprach seiner Denkweise. . . . . Wenn die staatliche Einigung Deutschlands auf ihn zählen konnte, so verhielt es sich doch mit dem Kaisertitel anders. Auf diesen mochte er im positiven wie im negativen Sinne wenig Gewicht legen. Doch, als die Dinge sich zur Erfüllung zuspitzten, drängte sich das Kaisertum von selbst auf. Gar nichts haben dazu jedenfalls die gethan, welche sich heute als die feurigsten der Kämpfer für Kaiser und Reich gebahren, die preußischen Konservativen. Es kann niemandem verdacht werden, wenn er gute Miene zum bösen Spiel macht; aber gegen eine geschichtliche Fälschung, welche das Verdienst um die Schaffung der staatlichen Einheit und des Kaisertums nachträglich den Konservativen zuführen möchte, muß gerade in diesem Augenblick besonders Verwahrung eingelegt werden."

— Aus dem konservativen Lager. Die „Pommersche Reichspost", das Blatt der Konservativen der Provinz Pommern, erblickt in den Auslassungen der „Kons. Korr." über die Sozialreform einen „verhängnisvollen Bruch mit den guten konservativen Ueberlieferungen" und klagt:

„Jetzt hat das offizielle Parteiorgan die konservative Partei glücklich in eine schwere innere Krisis hineinmanövriert. Ist das nun wirklich der Gipfel staatsmännischer Weisheit — oder vielleicht das Gegenteil? Wir halten die baldige Einberufung eines allgemeinen konservativen Parteitages für notwendig."

Die Führer der Partei dürften aber wohl aus leicht ersichtlichen Gründen diesem Verlangen nicht stattgeben.

Zu den mannigfachen Gerüchten über Zerwürfnisse innerhalb der konservativen Partei wegen der Thätigkeit des Herrn v. Plötz und seines Bundes der Landwirte bemerkt die bündlerische „Deutsche Tagesztg.", daß Herr v. Plötz ihres Wissens weder daran denke, aus der konservativen Fraktion auszuscheiden, noch die Fraktion geneigt sei, „ihren Bestand zu gefährden, indem sie ihn auffordert, auszuscheiden". In einem Leitartikel wendet sich die „Deutsche Tagesztg." zugleich erneut gegen die Behauptung, daß die Agitation für den Antrag Kanitz gemeingefährlich sei. Sie wendet eine Masse loyaler Redensarten auf, um zu beweisen, daß die Bündler und durch sie die Bauern „christlich, monarchisch, königstreu bis ins Herz, bis in die Knochen" seien. Dann heißt es weiter:

„Wenn es aber gelingen sollte, in der Masse der kleinen Bauern das Vertrauen zu ihren jetzigen Führern zu erschüttern, dann würden sie sich andere Führer suchen. Daß diese neuen Führer die Herren v. Bennigsen und Rickert sein würden, das glaubt wohl selbst in der Regierung Niemand. Es giebt auch agrarische „Schwarmgeister", die mit demagogischen Mittelchen arbeiten und gar zu gerne die Erbschaft der verhaßten „sogenannten Konservativen" antreten möchten. Daher dürfen wir wohl sagen, daß es recht gefährlich ist, wenn man darauf ausgeht, das Vertrauen der Bauern zu ihren jetzigen Führern zu erschüttern. Wir würden es sogar als „gemeingefährlich" bezeichnen, wenn wir uns an der verantwortungsvollen Stelle, von der aus wir reden, nicht vor dieser Bezeichnung hüten zu müssen glaubten."

Aus dem Auslande.

Italien. Rom, 27. Januar. Das Dekret, durch das die Auslieferung des Freiherrn v. Hammerstein bewilligt wird, ist unterzeichnet worden. Das Justizministerium übermittelte das Dekret dem Generalstaatsanwalt des Appellhofes in Trani zur Vollstreckung.

Türkei. Allerhand Sensationsnachrichten werden in letzter Zeit über die Türkei verbreitet. Jüngst ließ sich die „Pal Mall Gazette" melden, daß Rußland mit ihr ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis abgeschlossen hätte, dagegen besagt eine Depesche der „Daily News" aus Wien, die armenische Frage werde akut. Die russischen Armeen im Kaukasus seien an der Grenze zusammengezogen, um im Frühjahr in Armenien einzumarschieren. Rußland suche jetzt die Zustimmung der Mächte zu einer Teilung der Türkei nach. Rußland schlage vor: es selbst wolle Armenien und die asiatischen Provinzen bis Alexandrette, sowie Konstantinopel nehmen, Frankreich solle Syrien, Palästina mit Jerusalem erhalten, England Aegypten und die Ostküste des Persischen Golfs, Oesterreich Serbien und Macedonien, Italien Tripolis, Griechenland Thessalien, Creta und die Inseln des Aegäischen Meeres. Es werde behauptet, daß alle Mächte hiermit einverstanden seien mit Ausnahme von Oesterreich, welches sich noch seine Erklärung vorbehalten habe. — (Zu dieser Meldung bemerkt das offiziös unterrichtete „Wolffsche Tel.-Bureau": Wie wir hören, ist in Berlin von einem derartigen Teilungsplan nichts bekannt.)

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 29. Januar.

— **Totschlag.** Gestern Abend entspann sich in dem Lokal des Wirt Wenke zwischen dem Zimmermann Maaß einerseits und dem Maurer Eule und einem Brunnenmacher, dessen Namen uns nicht angegeben werden konnte, ein Streit und infolge davon eine Schlägerei. Maaß war schon im Lokal gestochen und die beiden anderen vom Wirt aus dem Lokal verwiesen worden. Als dann Maaß ebenfalls das Lokal verließ, erhielt er von Eule einen Stich an der Stirn und außerdem wurde ihm der Leib aufgeschlitzt. Nach zweistündiger Bewußtlosigkeit trat bei ihm der Tod ein. Die Messerhelden sind verhaftet.

— **Die Volksversammlung** am Sonntag Nachmittag bei Flöttmann auf der kleinen Howe war sehr gut besucht. Genosse Hoffmann erläuterte in seinem Vortrage den Begriff Klassenstaat und wies nach, daß dieser die Hülle für die letzte, aber mächtigste Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen darstelle, und daß nach Ueberwindung desselben die Menschheit zum Sozialismus gelangen werde. Hierauf forderte er die Anwesenden auf, sich der Parteiorganisation der Sozialdemokratie anzuschließen. Eine Diskussion fand nicht statt, dagegen wurde eine Resolution, in welcher die Versammlung ihre Uebereinstimmung mit den Zielen der Sozialdemokratie ausspricht, einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die gut verlaufene Versammlung.

Beckum, 26. Jan. Gestern Abend hatte hierselbst der Knecht des Brennereibesitzers H. das Unglück, in der Scheune von einem etwa 3 Meter hohen Gesache zu fallen. Schwer verletzt wurde er in das hiesige Krankenhaus übergeführt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Ausstand im Schiffsbaugewerbe in Glasgow und in Belfast ist wirklich zu Ende. Man nimmt, so schreibt der Londoner Korrespondent der „Leipz. Volkszeitung" vom 25. Januar, einigen Anstand, diese Nachricht zu schreiben, nachdem sie sich so oft als unwahr oder doch verfrüht herausgestellt hat. Immerhin ist die Thatsache unbestreitbar, daß am 27. d. M. auf den Werften an dem Fluß Clyde die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Unternehmer und Arbeiter in Schottland sind die Sache schon längst müde. Die Schiffsmechaniker an dem Lagan (Belfast) dagegen haben sich nur mit Mühe dem Machtwort ihres eigenen Gewerkvereins gefügt, dessen in London seßhafte Leiter am Mittwoch nach Belfast meldeten, daß von diesem Datum an keine pekuniäre Unterstützung an die Ausständigen mehr ausgezahlt werde. Das zog. Wenigstens wird aus Belfast heute Morgen gemeldet, daß die dortigen Mechaniker nach einer sehr stürmischen Versammlung, aus der alle Zeitungsberichterstatter entfernt waren, unter Protest sich gefügt hätten. Von einer Wiederaufnahme der Arbeit am Montag ist auf den irischen Werften kaum die Rede. Doch wird das Ende der Woche geschehen.

Der Ausstand hatte im ganzen drei Monate gedauert, in Belfast etwas länger als in Glasgow, wo eine friedlichere Stimmung vorherrschte. In der That hat die von den Arbeitgebern in Glasgow verfügte Arbeitssperre erst die Krisis akut gemacht; das den Arbeitern durch diese Maßregel angethane Unrecht hat man in der schottischen Hafenstadt insofern wett zu machen gesucht, als ihnen eigentlich mehr zugestanden wurde, als sie ursprünglich gefordert hatten. Der Abschluß der langen Krisis ist für die Arbeiter und ihre Unionen ehrenhaft in jeder Beziehung.

Soziales.

Die Folgen des Gnadenerlasses unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir lesen in der „Germania": „Auf grund des Amnestie-Erlasses sind aus der Stadtvogtei und dem Filialgefängnis in der Perlebergerstraße 10 in Berlin im ganzen 450 Personen, die wegen Bettelns, Obdachlosigkeit usw. zu Strafhaft bis zu 6 Wochen verurteilt waren, entlassen worden. Vielen der Begnadigten kam das Verlassen ihrer Winterquartiere nichts weniger als erwünscht. Schon am Montag waren im Polizeigewahrsam am Alexanderplatz gegen 100 der Begnadigten wegen Bettelns und Verübung groben Unfugs wieder eingeliefert. Auch im Polizei-Asyl machte sich eine größere Frequenz als sonst bemerkbar. Während sonst die Zahl der Obdachsuchenden etwa 14—1500 Personen betrug, nächtigten in der Montagnacht 2000 daselbst." Ist eine schlimmere Kritik an der Herrlichkeit von heute denkbar?

Ergebnisse der Einkommen- und Ergänzungssteuer-Veranlagung in Preußen. Nach der dem Abgeordnetenhause zugegangenen vergleichenden Uebersicht ist in Preußen an Einkommensteuer für das Jahr 1895/96 bei 2 605 183 Zensiten (gegen 2 520 930 im Vorjahr) der Betrag von 123 433 466 (122 029 765) M. veranlagt worden, gegen das Vorjahr also ein Mehr an Zensiten von 84 253 und an Steuern von 1 403 701 M., während die Veranlagung für 1894/95 an Zensiten zwar ein Mehr von 39 093, an Steuern dagegen ein Weniger von 1 160 366 M. gegen 1893/94 ergab. Das Mehr des Jahres 1895/96 entfällt allein auf die physischen Personen, die bei 2 603 292 (2 519 008) Zensiten mit 116 516 284 (114 272 317) Mark, also mit einem Mehr von 2 243 967 (474 372) M. veranlagt sind, wogegen die Veranlagung der juristischen Personen wieder ein Weniger an Steuern, und zwar in Höhe von 840 266 (1 634 738) Mark bei 1891 (1922) Zensiten mit 6 917 182 (7 757 448) Mark ergeben hat. Die juristischen Personen sind nach ihren einzelnen Arten wie folgt veranlagt: 1324 (1332) Aktien- und Aktien-Kommanditgesellschaften mit 6 387 109 (6 763 108) Mark Steuer, 93 (129) Berggewerkschaften mit 399 747 (844 852) M., 305 (299) eingetragene Genossenschaften mit 70 018 (59 293) M., 169 (162) Konsumvereine mit 66 308 (90 195) M. Die Zahl der Bevölkerung hat sich nach der zum Zwecke der Veranlagung vorgenommenen Personenstands-Aufnahme 1895/96 auf 30 812 583 (30 387 331) Köpfe gestellt. Einkommensteuerfrei sind hiervon geblieben als Exterritoriale u. dgl. 7459 (6381), als solche, deren Einkommen 900 M. nicht überstieg 21 165 032 (21 223 024). Die veranlagten Zensiten ergeben 8,45 (8,29) v. H. der Gesamtbevölkerung; von ihnen entfallen auf die Städte 1 541 453 (1 476 809), auf das platte Land 1 061 839 (1 042 199). Das veranlagte Einkommen der Zensiten beträgt 5 936 867 635 (5 784 797 517) Mark, von denen entfallen auf die Städte 4 060 179 427 (3 934 365 620) M. und auf das platte Land 1 876 688 208 (1 850 431 897) Mark. Das Durchschnittseinkommen der Zensiten stellt sich daher in den Städten auf 2 633 99 (2 664,10) M., auf dem platten Lande auf 1767,39 (1775,51) M., überhaupt auf 2280,52 (2296,46) M. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen an Steuern in den Städten 6,94 (6,94) M., in den Stadtkreisen 9,74 (9,74) M., auf dem platten Lande 1,64 (1,64) M., überhaupt 3,78 (3,76) Mark. Mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark sind veranlagt 324 294 (321 296) Zensiten (physische Personen) und zwar in den Städten 246 317 (242 703) und auf dem platten Lande 77 977 (78 593), mithin in den Städten 1,98 (2,00) v. H. der Bevölkerung und 15,48 (16 43) v. H. aller Zensiten, auf dem platten Lande 0,42 (0,43) v. H. der Bevölkerung und 12,46 (12,75) v. H. aller Zensiten.

Zur Ergänzungssteuer nach dem Gesetz vom 14. Juli 1893 sind veranlagt 1 152 332 Zensiten, gleich 3,74 v. H. der Gesamtbevölkerung und zwar in den Städten 520 192 und auf dem platten Lande 632 140. Das gesamte steuerpflichtige Vermögen der Zensiten in Höhe von 63 917 805 052 Mark entfällt auf die Städte mit 38 350 204 175 M., auf das platte Land mit 25 567 600 877 Mark. Das Durchschnittsvermögen jedes Zensiten stellt sich daher in den Städten auf

73 723, auf dem platten Lande auf 40 446, überhaupt auf 55 468 Mark.

Vermischtes.

Wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit hatte sich am 17. d. Mts. der Kaufmann Charles Taylor in Hannover vor der Strafkammer I des dortigen Landgerichts zu verantworten. Die Verhandlung fand bei verschlossenen Thüren statt. Festgestellt ward, daß der Angeklagte sich in mehreren Fällen gegen 13- und 14jährige Schulmädchen vergangen hatte. Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, sowie auf 3 Jahre Ehrverlust.

Eine junge Riesin, die 17jährige Tochter des in der Stallschreiberstraße zu Berlin wohnhaften Gastwirts Bülow ist in diesen Tagen an den Folgen einer Erkältung gestorben. Das Mädchen, das als eine Art Sehenswürdigkeit galt, wog 312 Pfund.

Posen, 24. Januar. Die „Posener Zeitung" meldet aus Kattowitz: In den Grenzort Sirzemeszcze drang in der letzten Nacht eine mehr als 40 Mann starke Räuberbande ein. Die sämtlichen Kaufläden und Schnapsbuden wurden geplündert und dann angezündet. Der Ort glich einem Flammenmeer. Das Wehegeschrei der Abgebrannten und der Jammer der Gemißhandelten war herzzerreißend. Wer der Bande entgegentrat, wurde niedergeschossen. Zwölf Personen kamen ums Leben.

Wegen Betruges ist Rechtsanwalt Schelenz in Liegnitz, früher in Katscher und vordem Bürgermeister in Leobschütz, Donnerstag Abend verhaftet worden. Vor dem Gefängnis entlief er dem Beamten und konnte noch nicht wieder festgenommen werden. Rechtsanwalt Schelenz soll sich der Veruntreuung schuldig gemacht haben.

Das letzte Mittel. Der ehemalige Kaufmann Arnold Barber, zuletzt Handlungsreisender, hatte am 22. d. M., wie die „N. Fr. Pr." erzählt, seine Wohnung in Wien, Fleischmarkt Nr. 11, verlassen und an seine Quartiergeberin ein Schreiben zurückgelassen, welches meldet, daß er einen Selbstmord ausführen werde. Der Verein reisender Kaufleute in Oesterreich-Ungarn erhielt von Barber einen ausführlichen Brief, der den Poststempel „Purkersdorf" trug. In diesem schildert er sein trauriges Leben, daß es ihm schon durch längere Zeit nicht gelungen sei, Stellung zu finden und seine aus Gattin und fünf Kindern bestehende Familie ernähren zu können. Durch die Widerwärtigkeiten und die Unmöglichkeit, auf einen grünen Zweig zu kommen, veranlaßt, werde er einen Selbstmord ausführen. Der Poststempel „Purkersdorf" bezeichne den Ort, an dem er die That begehen werde. In diesem Schreiben kommt auch folgende Stelle vor: „Die Welt begnügt sich nicht mit der Schilderung der Notlage, um helfend einzugreifen. Sie will das Unglück sehen, dann erst ermannt sie sich und ist bemüht, das Versäumte nachzuholen. Um meiner Familie Hilfe zu schaffen, bringe ich mein Leben zum Opfer." Er bittet zum Schlusse, seine Familie, die in Iglau weilt, nicht zu verlassen. Der Brief wurde der Polizeibehörde übergeben, doch hat sich Barber nach einem bei der Polizeidirektion eingetroffenen Telegramme schon in Purkersdorf aus einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen und ist sofort tot geblieben.

Die Spielbank in Monte Carlo hat wieder zwei Opfer gefordert. Ein früher sehr begüterter spanischer Edelmann Leonardo C. begab sich, nachdem er im Kasino nach 3stündigem Spiel etwa 97 000 Lire verloren hatte, nach seinem Hotel, berichtigte dort noch die Zeche mit dem letzten Rest seines Geldes, ging nach Cimiez und tötete sich durch einen Schuß in den Kopf. In seiner Brieftasche befand sich ein Zettel mit der Erklärung, er gehe in den Tod, weil er nach dem Spielverlust nur Aussicht auf dauerndes Elend habe. Ein Mönch fand ihn noch in den letzten Zügen und war anwesend, als er mit dem Rufe „Mamma mia" (meine Mutter) verschied. Die Kasinoverwaltung ließ ihn in aller Heimlichkeit beerdigen. — In einem Hotel in Nizza stieg vor einigen Tagen ein eleganter Herr ab und schrieb sich als Heinrich E. ins Fremdenbuch ein. Bald nachdem er das ihm angewiesene Zimmer betreten hatte, hörte man einen Schuß. Man eilte herbei und fand den Fremden auf dem Teppich liegend, neben ihm den noch rauchenden Revolver. Der Selbstmörder hatte sich durch einen Schuß in die Stirn getötet. Auf dem Tisch lag ein mit Bleistift beschriebener Zettel, inhaltlich dessen der Schreiber sein ganzes Vermögen an der Spielbank in Monte Carlo verloren hatte. Ein anderer Zettel, an seine in Ventimiglia (der letzten italienischen Station vor Monte Carlo) weilende Gattin gerichtet, forderte diese auf, seine Leiche im Mailänder Krematorium verbrennen zu lassen.

Auch ein Weltreisender. Der französische Geograph Gallais aus Bordeaux, der auf seiner zweijährigen, mit seiner Frau in einem Schiebkarren auszuführenden Weltreise kürzlich in Belgrad ankam, versuchte am Sonntag im städtischen Parke, sich zu erhängen. Gendarmen schnitten ihn vom Baume ab. Die Aerzte hoffen, ihn am Leben zu erhalten. Die Reise soll angeblich auf Grund einer hohen Wette geschehen sein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Bekanntmachung.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Rindvieh auf dem hiesigen Schlachthofe ist erloschen.

Bielefeld, den 25. Januar 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

Allg. Arbeiter-Verein für Sieker u. Umgegend.

Sonnabend, den 1. Februar, abends 8½ Uhr:

Oeffentl. Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Wirts **Hermelbracht** in Sieker II.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge.
2. Vortrag des Genossen **C. Hoffmann: Die politische Lage und die Sozialdemokratie.**
3. Verschiedenes. [202

Die Bewohner von Sieker und Umgegend werden eingeladen, recht zahreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bild.-Verein Bielefeld.

Donnerstag, 30. Januar, eröffnet Herr Tanzlehrer **W. Schmidt** in unserm Vereinslokale den Kursus für **Tanz- und Anstandslehre,** abends 8 Uhr für Damen, 9 Uhr für Herren, **unter besonders günstigen Bedingungen.** Herrn Schmidt stehen beste Referenzen zur Seite, und empfehlen wir unsern Mitgliedern die Beteiligung auf das wärmste. **Auch Nichtmitgliedern** ist die Beteiligung gestattet. [203

Weitere Anmeldungen im Vereinslokale.

Der Vorstand.

Brackwede.

Ausverkauf!

Noch vorrätige **Hauben** und **Fantasietücher** gebe mit **20 % Rabatt** ab. **Damenhüte** zu und unter Einkaufspreis. **Damen- und Kinderschürzen, Normalhemden, Hautjacken, Unterhosen** mit **10 %.**

Empfehle ferner **Sterbewäsche** in schöner Auswahl zu billigsten Preisen. [92*

Frau E. Löhnberg.

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Soeben erschien im Verlage des „Vorwärts":

Der Essener Meineidsprozeß.

Von Dr. Franz Lütgenau.

48 Seiten großoktav. **Preis 15 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Weit hinein in die bürgerlichen Kreise hat dieser Prozeß durch seine Einleitung, seinen Verlauf und das Geschworenen-Urteil Aufregung getragen und auch dort offene Mißbilligung gefunden, die in der Schrift durch die Stimmen aus der gegnerischen Presse für spätere Zeiten registriert ist. Erst durch die Schilderung der tiefen Klassenscheidung und Klassengegensätze in der rheinisch-westfälischen Industriehölle, aus denen der Verfasser den Prozeß erklärt, wird dieser verständlich und begreift man es, warum der Staatsanwalt durch den Hinweis auf die Streiks ꝛc. so offen an die Klasseninstinkte der Geschworenen appellierte. Auf diesem Boden ist auch der **Zeuge Münter** eine typische Erscheinung. Aus den Verhandlungen, denen der Verfasser selber beiwohnte, erbringt er den Beweis für die Unschuld der Verurteilten.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

Verzeichnis

der Vertrauensmänner und Ersatz-Vertrauensmänner der Invaliditäts- u. Altersversicherungs-Anstalt Westfalen aus dem Stadtkreise Bielefeld für die Wahlzeit vom 1. Januar 1896 bis dahin 1901.

Vertrauensmanns-Bezirk	Angabe ob Vertrauensmann der Arbeitgeber	Vertrauensmann der Versicherten	Ersatzvertrauensmann der Arbeitgeber	Ersatzvertrauensmann der Versicherten	Des Vertrauensmannes Name	Stand	Wohnort
Bielefeld, Stadt I. Bezirk	1				Kickert, Heinr.	Malermeister	Kreuzstraße 18.
		1			Friedr. Dieckelkamp	Arbeiter	Ulmenstraße 13.
			1		Fritz Lohmann	Färbereibesitzer	Am Damm 10.
Desgl. II. Bezirk	1			1	August Plöger	Aufseher	Niedermühlenkamp 17.
					Meyerkamp	Gärtner	Bleichstraße 51.
		1			Adam	Zimmerpolier	Mühlenstraße 9.
			1		Klarhorst	Maurermeister	Brunnenstraße 12.
Desgl. III. Bezirk	1			1	Friedr. Niebuhr	Aufseher	Blumenstraße 2.
					Fricke	Maschinenfabrikant	Herforderstraße 16.
		1			Böger, Karl	Werkmeister	Dafelbst 85.
			1		Ed. Waldecker jr.	Ziegeleibesitzer	Dafelbst 50.
				1	Heinr. Jacob	Schlosser	Hakenort 1.
Desgl. IV. Bezirk	1				Hugo Rempel	Maschinenfabrikant	Kleine Bahnhofstraße 1
		1			Horstkotte, Gottlieb	Bahnarbeiter	Kurzestraße 15.
			1		Modersohn, Wilh.	Fabrikant	Neumarkt 15.
				1	Heinr. Altenhöner	Maurer	Kurzestraße 32.
Desgl. V. Bezirk	1				Vogelsang	Fabrikant	Bismarckstraße.
		1			Wlh. Spreen	Schlosser	Bürgerweg 76.
			1		Bargholz	Fabrikant	Bürgerweg.
				1	Kohlus, Heinr.	Schriftsetzer	Wittekindstraße 8.
Desgl. VI. Bezirk	1				Poppe, Max	Chemiker	Grünstraße 21.
		1			Lütgerz, August	Zigarrenmacher	Fehrbellinerstraße 4.
			1		G. W. Bock	Korbmacher	Am Markt 8.
				1	Thöne, Heinr.	Arbeiter	Goldbach 11.

Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Der Septemberkurs vor dem Reichstag.

96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.

Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm ꝛc., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitergehendem Interesse.

Soeben ist erschienen und in der Buchhandlung **„Volkswacht"** vorrätig



Ein neues lustiges Lied mit Illustrationen. — Preis **10** Pfg.

Quittungsmarken

in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in sauberster Ausführung die

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Vereins-Nachrichten.

Sektion der Feilenarbeiter, Hauer u. verw. Berufsgen. Sonntag, den 2. Febr., morgens 10 Uhr, Versammlung bei Wellmann Gadderbaum.

Spezial-Fisch-Geschäft

Bach 46. [205

Heute und folgende Tage: Große Zufuhr **feinster Nord. Angel-Schellfische** Pfd. 20 Pfg. u. höher, prachtvolle große **Zander, Schollen** Pfd. 30 Pfg., lebendfr. große **Weser-Stinte** Pfd. 20 Pfg., **Backfische** Pfd. 25 Pfennig. Frische **grüne Heringe** 3 Pfd. 25 Pfg. 5 Pfd. 40 Pfg. **Lachsheringe, Kieler Bücklinge u. Sprotten Rauch Aal.**



Haus-Verkauf.

Ein neuerbautes schön gelegenes Haus mit 2 Scheffelsaat Land ist umständehalber unter günstigen Bedingungen sofort zum Preise von 4000 Thaler zu verkaufen. [204*

Offerten unter K B an die Exped. dieses Blattes.

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist soeben eingetroffen:

Süddeutscher Postillon

№ 3 (1896)

Preis 10 Pfennige.

In der unterzeichneten Buchhandlung ist zu haben:

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1896.

Einzige Ausgabe zum Preise von 60 Pfg.

Inhalt:

Kalendarium mit den protestantischen und katholischen Namenstagen. — Geschichts-Kalender. — Die Unfallversicherung für Arbeiter im Deutschen Reich. Von Dr. Max Quarck. — Die wichtigsten Vorschriften über den Militärdienst. — Militärausgaben des deutschen Reiches seit 1872. — Stand der Reichsschulden seit 1870. — Verzinsung der Reichsschulden seit 1874. — Post-Tarif (für den inneren Verkehr Deutschlands und das Ausland). — Vergleichende Tabelle verschiedener Geschwindigkeiten. — Gewichte der deutschen Reichsmünzen. — Berechnung des Arbeitslohnes für Löhne von 12 bis 50 Pfg. von ½ bis 14 Stunden. — Metermaß in Fuß, Zoll ꝛc. der verschiedenen Länder. — Fuß-, Zoll-, Flächen- und Kubikmaße verschiedener Länder, angegeben in Metermaß. — Gewichte. — Einnahme- und Ausgabe-Tabellen. — Zinsberechnungs-Tabellen. — Multiplikations-Tabelle. — Münzwesen. — Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes betr. die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds. — Erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Zeitvergleichung. — Adressen der Verbandsvorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände und der Zahlstellen der durch Vertrauensmänner zentralisierten Organisationen. — Verschiedenes und Notizkalender.

Der „Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender" erscheint in diesem Jahre in der einen Ausgabe zum Preise von 60 Pfennig. Wie bei der Auswahl des Inhalts mit aller Sorgfalt verfahren wurde, so ist bei der Ausstattung (Papier, Druck und Buchbinderarbeit) das Möglichste gethan worden, um einen **guten Taschenkalender** herzustellen, und können wir denselben zur Anschaffung bestens empfehlen.

Buchhandlung „Volkswacht"
Bielefeld, Schulstraße 20.